

# Palästina und der Atomstaat Israel

**Vorweg:**

**Teil vom 2.6.22:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina2.pdf>

**Teil vom 9.8.22 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina3.pdf>  
mit Aktueller Analyse von Moshe Zuckermann

**Teil vom 2.11.22 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina4.pdf>  
vor dem Hintergrund der aktuellen Wahl in Israel

**Teil 2 vom 2.2.23 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Isreal-Teil-2.pdf>

**Teil 3 vom 29.3.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-3.pdf>

**Teil 4 vom 7.4.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-4.pdf>

**Teil 5 vom 18.5.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-5.pdf>

**Teil 6 vom 8.6.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-6.pdf>

**Teil 7 vom 6.7.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-7.pdf>

**Zur Info weitergeleitet.**

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

[www.antjeundieter.de](http://www.antjeundieter.de)

[https://t1p.de/impressum\\_a\\_und\\_d](https://t1p.de/impressum_a_und_d)

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Gedicht-Neu>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

<https://t1p.de/brokdorfweisserose>

<https://t1p.de/kernfusion-neindanke>

**Nachfolgend weitere Berichte als Teil 8 :**

**.) Das Apartheidsystem des Staates Israel und die Rechtsentwicklung der israelischen Gesellschaft**

<https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/zuckermann-veranstaltung.pdf>

Das Apartheidsystem des Staates Israel und die Rechtsentwicklung der israelischen

Gesellschaft.

Vortrag und Diskussion mit Professor em. Moshe Zuckermann.

Moshe Zuckermann [krass-und-konkret.de](http://krass-und-konkret.de) Vor allem in den Jahren 2021 und 2022 haben einige bekannte Menschenrechtsorganisationen (Amnesty International, Human Rights Watch, B'Tselem) Studien veröffentlicht, die zum Ergebnis kommen, dass der Staat Israel ein Apartheidsystem im gesamten historischen Mandatspalästina errichtet hat.

Mit B'Tselem und anderen Organisationen stimmen auch bekannte jüdischisraelische Menschenrechtler:innen dieser Analyse zu.

Außerdem ist zu beobachten, dass ultrarechte politische Kräfte in der israelischen Gesellschaft und im politischen System immer mehr an Einfluss gewinnen.

Mit unserem Referenten Prof. em. Moshe Zuckermann möchten wir über die Analysen der Menschenrechtsorganisationen und über die Konsequenzen des verstärkten Einflusses rechtsextremer Kräfte in der israelischen Gesellschaft sprechen. Auch die Diskussion in der Bundesrepublik möchten wir beleuchten und unsere Möglichkeiten diskutieren, von Deutschland aus zur Überwindung dieser repressiven Verhältnisse beizutragen.

Professor em. Moshe Zuckermann ist israelisch-deutscher Soziologe und emeritierter Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv. Er gehört zu den Unterzeichner:innen der Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (2021). Professor Zuckermann ist Autor zahlreicher gesellschaftswissenschaftlicher Studien und ist in der Bundesrepublik darüber hinaus mit Beiträgen in Hörfunk, Fernsehen und Printmedien bekannt.

## **.) Israel darf und muss kritisiert werden – sagt Moshe Zuckermann**

<https://www.infosperber.ch/gesellschaft/ethnien-religionen/israel-darf-und-muss-kritisiert-werden-sagt-moshe-zuckermann/>

Moshe Zuckermann spricht Klartext. Er kritisiert nicht nur, er verurteilt in harten Worten, was zumal in Deutschland zwischenzeitlich die Norm ist: dass «Israel» und «Zionismus» in höchst fahrlässiger Weise mit «den Juden» vermischt und – im Interesse Israels – *de facto* gleichgesetzt werden. Er kritisiert und verurteilt in harten Worten die neue Taktik der (vor allem deutschen) Antisemitismus-Jäger, Veranstaltungen, an denen es zu Kritik an Israel kommen kann, durch [Kündigung der Veranstaltungsräume](#) oder gar Auftrittsverbote zu verhindern – und er zählt konkret mehrere solche Machenschaften etwa im Jahr 2017 auf. Er kritisiert und verurteilt aufs schärfste die neue Methode, Israel-kritische Juden als Selbsthasser und sogar selber als Antisemiten hinzustellen. Viele Deutsche, sagt Zuckermann, glauben sich von der Schuld am Holocaust befreien zu können, indem sie sich jetzt mit Israel solidarisieren. Aber, so fragt Zuckermann: [mehr unter dem Link](#).

## .) Ein vehementer Kritiker der israelischen Politik

<https://hpd.de/artikel/10321>

Der israelische Historiker Moshe Zuckermann legt mit "Israels Schicksal. Wie der Zionismus seinen Untergang betreibt" eine Sammlung mit Aufsätzen vor, welche eine vehemente Kritik an der Politik der israelischen Regierung vornehmen. Es handelt sich um beachtenswerte ideologiekritische und strukturanalytische Beiträge, die mitunter aber die reale Bedrohungssituation für das Land aus dem Blick verlieren. -mehr dazu unter dem Link-

## .) BIP-Aktuell #268: Jenin: Drohungen und Versprechungen:

[Abbau des israelischen Gefängnisregimes und der Inhaftierung von Palästinensern unter freiem Himmel: UN-Experte | OHCHR](#)

Abbau des israelischen Gefängnisregimes und der Inhaftierung von Palästinensern unter freiem Himmel: UN-Experte:

Abbau des israelischen Gefängnisregimes und der Inhaftierung von Palästinensern unter freiem Himmel: UN-Experte:

**GENF (10. Juli 2023) – Israels militärische Besatzung hat das gesamte besetzte palästinensische Gebiet in ein Freiluftgefängnis verwandelt, in dem Palästinenser ständig eingesperrt, überwacht und diszipliniert werden", sagte ein UN-Experte heute.**

"Über 56 Jahre hinweg hat Israel die besetzten palästinensischen Gebiete durch erstickende Kriminalisierung der Grundrechte und Masseninhaftierungen regiert", sagte Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatteerin für die Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, in einem neuen **Bericht** an den Menschenrechtsrat.

"Unter israelischer Besatzung haben Generationen von Palästinensern weit verbreitete und systematische willkürliche Freiheitsberaubung erlitten, oft für die einfachsten Handlungen des Lebens und die Ausübung grundlegender Menschenrechte", sagte Albanese. Ohne Gewalttaten zu billigen, die Palästinenser während der jahrzehntelangen illegalen Besatzung Israels begangen haben könnten, sind die meisten ihrer strafrechtlichen Verurteilungen das Ergebnis einer Litanei von Verstößen gegen das Völkerrecht, einschließlich Verstößen gegen ein ordnungsgemäßes Verfahren, die die Legitimität der Rechtspflege durch die Besatzungsmacht beeinträchtigen.

Der Bericht stellt fest, dass seit 1967 über 800.000 Palästinenser, darunter Kinder im Alter von 12 Jahren, unter autoritären Regeln, die vom israelischen Militär erlassen, durchgesetzt und verurteilt wurden, verhaftet und inhaftiert wurden. Palästinenser

werden lange inhaftiert, weil sie ihre Meinung äußern, sich versammeln, nicht genehmigte politische Reden halten oder auch nur versuchen, dies zu tun, und schließlich wird ihnen der Status als geschützte Zivilisten entzogen. Sie werden oft ohne Beweise für schuldig befunden, ohne Haftbefehl verhaftet, ohne Anklage oder Gerichtsverfahren inhaftiert und in israelischer Haft misshandelt.

"Masseninhaftierungen dienen dem Zweck, den friedlichen Widerstand gegen die Besatzung zu unterdrücken, das israelische Militär und die Siedler zu schützen und letztendlich das koloniale Übergreifen der Siedler zu erleichtern", sagte der Sonderberichterstatter.

"Israel hat die Palästinenser als kollektive "Sicherheitsbedrohung" gebündelt und drakonische Militärbefehle eingesetzt, um die Ausübung von Grundrechten zu bestrafen. Diese Maßnahmen wurden als Instrumente eingesetzt, um eine ganze Bevölkerung zu unterjochen, sie ihrer Selbstbestimmung zu berauben, die rassistische Vorherrschaft durchzusetzen und die territoriale Aneignung mit Gewalt voranzutreiben", sagte sie.

Albanese wies darauf hin, dass Israels "Gefängnisregime" das palästinensische Leben auch außerhalb der Gefängnisse heimsuche. Blockaden, Mauern, getrennte Infrastruktur, Checkpoints, Siedlungen, die palästinensische Städte und Dörfer umgeben, Hunderte von bürokratischen Genehmigungen und ein Netz digitaler Überwachung halten die Palästinenser in einem Gefängniscontinuum über streng kontrollierte Enklaven hinweg gefangen.

"Die weit verbreitete und systematische Willkür des Gefängnisregimes der Besatzung ist ein weiterer Ausdruck der Apartheid, die den Palästinensern aufgezwungen wurde, und stärkt die Notwendigkeit, sie sofort zu beenden", sagte der UN-Experte.

"Der massenhafte und willkürliche Freiheitsentzug, dem die Palästinenser seit Jahrzehnten kollektiv ausgesetzt sind, zielt darauf ab, Israels Annexion palästinensischen Territoriums zu schützen, ein Projekt mit rechtswidrigen Zielen, das mit rechtswidrigen Mitteln verfolgt wird", sagte Albanese. "Diese makroskopische Verletzung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts kann nicht behoben werden, indem einige ihrer brutalsten Konsequenzen angegangen werden. Damit Israels Gefängnisregime und die damit verbundene Apartheid beendet werden können, muss die illegale Besatzung Palästinas beendet werden", sagte sie.

Albanese forderte die Mitgliedstaaten auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen, Israels siedlerkoloniale Besatzung und schrittweise Annexion nicht zu unterstützen oder anzuerkennen, und alle diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen im Rahmen der UN-Charta zu ergreifen, um sie zu beenden und sicherzustellen, dass ihre Architekten vor Gericht gestellt werden.

*Francesca Albanese ist Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten*

Die Sonderberichterstatter sind Teil der **sogenannten Sonderverfahren** des Menschenrechtsrats. Sonderverfahren, das größte Gremium unabhängiger Experten im UN-Menschenrechtssystem, ist die allgemeine Bezeichnung für die unabhängigen Ermittlungs- und Überwachungsmechanismen des Rates, die sich entweder mit spezifischen Ländersituationen oder mit thematischen Fragen in allen Teilen der Welt befassen. Expertinnen und Experten für Sonderverfahren arbeiten ehrenamtlich; Sie sind keine UN-Mitarbeiter und erhalten kein Gehalt für ihre Arbeit. Sie sind unabhängig von Regierungen oder Organisationen und dienen in ihrer individuellen Eigenschaft.

**.) Palästina-Soli: GAZA Schiff in HH vom 1.8 - 4.8.23 NäheU- Baumwoll:**

<https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Pal%C3%A4stina-Soli+%3A+GAZA+Schiff+in+HH+vom+1.8+-+4.8.23+N%C3%A4heU-+Baumwall+>

**.) Jüdische Stimme Juli 2023:**

der Mai ist immer eine heiße Phase für die Palästina-Bewegung, da es der Nakba-Monat ist und der Nakba-Tag sich genau in der Mitte befindet, am 15. Letztes Jahr wurden in Berlin mehrere Nakba-Demonstrationen verboten, auch eine Mahnwache von uns; dies hat uns zusammen mit Palästina Spricht nun dazu veranlasst, gerichtlich gegen die Verbote vorzugehen, welche Verstöße gegen das Versammlungsrecht und die Meinungsfreiheit darstellen.

Auch dieses Jahr kam es zu Verboten, die Berliner Polizei ging sogar noch radikaler vor: Es wurden nicht weniger als **sieben Demonstrationen** unterbunden. Eine Kulturveranstaltung, die am 13. Mai am Hermannplatz stattfand und bei der unser Vorstandsmitglied Udi Raz sprechen sollte, wurde dahingehend eingeschränkt, dass es keine politischen Äußerungen geben durfte – keine Reden oder Statements, nicht einmal politische Literatur am Bücherstand. Die einzige Demonstration, die letztlich erlaubt wurde, war diejenige, die in unserem Namen als ausdrücklich jüdisch-palästinensische stattfand. Obwohl sie nicht verboten wurde, hat die Polizei nach durchgehend aggressiver Grundhaltung am Schluss gewaltsam interveniert. Mehrere Teilnehmende wurden angegriffen und verhaftet. Danach kam es zu einer völlig verzerrten Berichterstattung, die wir in unserem **Statement** zur Demonstration insgesamt beschreiben.

Am 27. Juni hat Udi Raz uns bei einer **Podiumsdiskussion** im Haus der Demokratie und Menschenrechte vertreten. Dabei ging es um die Gefährdung des Versammlungsrechts im Zusammenhang der Demonstrationsverbote.

Die *taz* hat auch ein ausführliches **Interview** mit unserem Vorstandsmitglied Lili

Sommerfeld veröffentlicht, das neben ihrem Beruf als Sängerin und Chorleiterin und ihrer Arbeit als Queer-Aktivistin auch ihre Rolle in der Jüdischen Stimme behandelt. Dabei wird auch der allmähliche Bewusstseinswandel in Sachen Israel-Palästina beschrieben, der zu ihrer heutigen politischen Position geführt hat.

Im November feiert die Jüdische Stimme ihr 20. Jubiläum. Es wird zu diesem Anlass eine besondere Veranstaltung in Berlin mit künstlerischen und politischen Inhalten geben. Ort und Datum werden noch bekanntgegeben. Außerdem sollen über das gesamte Festjahr – also bis November 2024 – einige besondere Projekte ins Leben gerufen werden. Wir sind sehr dankbar für Spenden, die leicht über unsere [Website](#) getätigt werden können, entweder einmalig oder regelmäßig.

### **.) Isreal droht mit Selbstverteidigung:**

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/fakes-und-fakten/>

Mehrere Tote nach Schießerei an einer Tankstelle im Westjordanland.

Warum missachten Medien so oft ihre eigenen Standards, wenn sie aus oder über Israel berichten?

»Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit«, sagte der langjährige US-Senator Hiram Johnson vor gut 100 Jahren. Daran hat sich auch heute, im Zeitalter der Informationsflut, nicht viel geändert.

Allzu oft ist das, was Lesern und Zuschauern als «Information», als «Bericht» oder als «Einordnung» nahegebracht wird, subjektiv und einseitig. Das wäre noch akzeptabel, wenn es entsprechend gekennzeichnet würde. Doch meist sind solche Berichte schlichtweg irreführend. Wenn das unbeabsichtigt war, spricht man von Fehlinformation.

### **.) Twitter: Israel besonders oft mit Menschenrechtsverletzungen erwähnt:**

<https://www.israelnetz.com/twitter-israel-besonders-oft-mit-menschenrechtsverletzungen-erwaehnt/>

Deutlich mehr als Nordkorea und Iran.

### **.) Die Freedom Flotilla Coalition segelt für die Kinder von Gaza**

Die Freedom Flotilla Coalition (FFC) wird im Jahr 2023 erneut in See stechen, um die illegale Land-, Luft- und Seeblockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Wie in den vergangenen Jahren wird die FFC in verschiedenen Häfen Halt machen, wo wir in Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen das kollektive Bewusstsein für die illegale und unmenschliche Besetzung und Blockade des Gazastreifens durch Israel schärfen werden. Wir konzentrieren uns dabei auf die schwerwiegenden Auswirkungen, die dieses anhaltende Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf Kinder und Jugendliche hat, die die Zukunft Palästinas darstellen.

In diesem Jahr wird der FFC innerhalb Europas segeln, um Unterstützung für eine weitere gewaltfreie, direkte Aktion gegen Israels unmenschliche Blockade des Gazastreifens zu gewinnen. Während die Vorbereitungen für die Fahrt nach Gaza im Jahr 2024 laufen, wird die diesjährige Fahrt durch mehrere europäische Häfen **auf** die Komplizenschaft der Regierungen mit dem israelischen Apartheidregime **aufmerksam** machen und das Medienbewusstsein für die Blockade des Gazastreifens erhöhen. Die diesjährige Solidaritätsaktion findet vor dem Hintergrund des Aufrufs des Netzwerks palästinensischer Nichtregierungsorganisationen (PNGO) statt, ernsthaften Druck auszuüben, um die illegale Blockade des Gazastreifens durch Israel zu beenden. Der Aufruf von PNGO kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die Palästinenser\*innen im Gazastreifen in ihr sechzehntes Jahr unter der illegalen Blockade Israels gehen. Trotz der wiederholten Aufrufe der Vereinten Nationen zum Handeln und ihrer Erklärung, dass der Gazastreifen bis 2020 "unbewohnbar" sein werde, ist die humanitäre Lage nach wie vor dramatisch und **unaushaltbar**. Angesichts der zunehmenden Ernährungsunsicherheit, der steigenden Arbeitslosigkeit, der starken Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der ständigen militärischen Angriffe Israels ist der Gazastreifen dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen. Dem UN-Plan für humanitäre Hilfe 2023 zufolge benötigen fast 60 % der 2,3 Millionen Einwohner des Gazastreifens, darunter über 1,2 Millionen Kinder, dringend humanitäre Hilfe. MILLIONEN PALÄSTINENSISCHER KINDER SIND DURCH ISRAELS APARTHEIDMAUERN GEFANGEN Die katastrophale Lage im Gazastreifen setzt sich auch für seine Fischer fort. Die Fischerei im Gazastreifen, von der mehr als 35.000 Menschen leben, wird immer prekärer. Der Fischfang, der nach der Landwirtschaft der zweitwichtigste Wirtschaftszweig im Gazastreifen ist, unterliegt ebenfalls Beschränkungen. Die israelischen Besatzungskräfte „erlauben“ palästinensischen Fischer\*innen sich nur bis zu einer Entfernung von drei Seemeilen von der Küste des Gazastreifens zu **entfernen**, bevor sie von israelischen Kanonenbooten angegriffen werden können. Die Abhängigkeit von einem kleinen überfischten Gebiet entlang der Küste des Gazastreifens hat die unsichere Ernährungslage der Palästinenser\*innen in der Enklave verschärft und die Armut vergrößert. Israel verweigert den Palästinensern den Zugang zu ihren eigenen Hoheitsgewässern und plündert gleichzeitig die **Unterwasserressourcen** Palästinas. Im Dezember 2021 wurde die israelische Blockade gegen die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen weiter verschärft, als die Israelis eine neue Eisenmauer errichteten. Die Mauer, die über und unter der Erde verläuft und bis zum Meer reicht, erstreckt sich über 65 km vom Zikim-Strand im Norden des Gazastreifens bis zum Kerem-Shalom-Übergang im Süden. Die Mauer isoliert den Gazastreifen weiter vom Rest der besetzten palästinensischen Gebiete und stellt sicher, dass Israel die Palästinenser\*innen des Gazastreifens weiterhin unter seiner illegalen Blockade



halten kann. Das Jahr 2023 markiert auch den Beginn der siebenunddreißigsten Regierung Israels, die nach den Wahlen vom 1. November 2022 gebildet wurde. Die neue Sechs-Parteien-Regierungscoalition ist zweifelsohne eine der rassistischsten und **politisch rechtesten** Regierungen in der Geschichte Israels. In den Monaten seit ihrem Amtsantritt hat Israels neue Regierung bereits Schritte zur Umsetzung einer ultranationalistischen Agenda unternommen, die die menschliche Sicherheit der Palästinenser\*innen in den besetzten palästinensischen Gebieten zunehmend bedroht. Für die Palästinenser\*innen im Gazastreifen droht der wachsende politische Extremismus in Israel ihre katastrophale humanitäre Lage weiter zu verschlimmern. Wie Sie etwas bewirken können: Informieren Sie sich, folgen Sie unserer Website und den sozialen Medien, teilen Sie unsere Botschaften: <https://freedomflotilla.org/i-want-to-help/> Informieren Sie sich über den israelischen Raub der palästinensischen Unterwasserressourcen und die BDS-Kampagne, um die Komplizenschaft von Unternehmen wie Chevron und Siemens aufzudecken, die die israelische Apartheid fördern. Geben Sie die Informationen an andere weiter (Familie, Freunde, Arbeitskollegen). Schreiben und veröffentlichen Sie. Unterstützen Sie die Freedom Flotilla Coalition, kontaktieren Sie die Kampagne in Ihrer Nähe und mobilisieren Sie andere (senden Sie Unterstützungsbekundungen von Gewerkschaften, politischen Parteien oder Gemeindeverbänden). Organisieren Sie Veranstaltungen, um Geldmittel zu beschaffen und das Bewusstsein zu schärfen. Machen Sie eine Spende oder bieten Sie uns an, als Crew oder Passagier\*in an Land mitzuhelfen. Kommen Sie zu unseren Hafenaufenthalten, um unser Schiff zu begrüßen und Ihre Solidarität mit den Palästinenser\*innen in Gaza zu bekunden.

### **.) Auswirkungen der israelischen «Justizreform» auf die palästinensische**

**Bevölkerung** Was der Levin-Plan für die Palästinenser\*innen auf beiden Seiten der Grünen Linie bedeutet: <https://www.rosalux.de/publikation/id/50425>

Am 29. Dezember 2022 wurde die 37. Regierung des Staates Israel vereidigt. An ihrer Spitze steht Ministerpräsident Benjamin Netanjahu von der Likud-Partei, die mit zwei rechtsextremen Parteien eine Koalition eingegangen ist: Otzma Jehudit («Jüdische Stärke») unter dem Vorsitz von Itamar Ben-Gvir und HaTzionut HaDatit («Religiöser Zionismus») unter dem Vorsitz von Bezalel Smotrich.

Weniger als eine Woche später gab der neu ernannte Justizminister Yariv Levin von der Likud-Partei eine Pressekonferenz, auf der er Pläne für eine «Justizreform» vorstellte, in der die einen eine «Revolutionierung des Rechtssystems», die anderen eine Art «Coup d'état» sehen. In der Öffentlichkeit ist meist nur noch vom Levin-Plan die Rede. Simcha Rotman («Religiöser Zionismus»), Vorsitzender des für «Verfassung, Recht und Justiz» zuständigen Knesset-Ausschusses, setzte den Levin-



Plan ganz oben auf dessen Tagesordnung und sorgte dafür, dass die Debatte der Änderungsvorschläge des Justizministers und der damit zusammenhängenden Koalitionsvereinbarungen die gesamte Sitzungszeit einnahm.

Sollte der Levin-Plan umgesetzt werden, würde dies das israelische Rechtssystem fundamental verändern. Das wichtigste Ziel ist, die Macht und Kontrollfunktion des Obersten Gerichtshofs Israels einzuschränken und gleichzeitig der Knesset und der Regierung unbegrenzte Befugnisse bei der Gesetzgebung einzuräumen, was diese für die Durchsetzung undemokratischer und menschen- und bürgerrechtswidriger Gesetze nutzen könnten.

Der Levin-Plan sieht im Wesentlichen die folgenden Änderungen vor: a) Der Oberste Gerichtshof soll nicht länger die Rechtmäßigkeit von Grundgesetzen prüfen und bei Bedarf intervenieren können. b) In dem Ausschuss, der über die Ernennung und Entlassung von Richter\*innen entscheidet, sollen zukünftig die Knesset-Abgeordneten die Mehrheit stellen. Dadurch würde der politische Einfluss bei der Richterwahl steigen. c) Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs können mit parlamentarischer Mehrheit überstimmt werden, das heißt, es können Gesetze wieder in Kraft gesetzt werden, die zuvor vom Obersten Gerichtshof für ungültig erklärt worden waren. d) Stärkung des politischen Einflusses auf die Ernennung von Rechtsberater\*innen der Ministerien. e) Abschaffung der sogenannten Angemessenheitsüberprüfung, die es Gerichten ermöglicht, Regierungs- und Behördenentscheidungen aufzuheben. f) Einschränkung des Rechts öffentlicher Einrichtungen, staatliche Entscheidungen gerichtlich anzufechten.

Seit der Ankündigung Levins, dieses Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen, kam es in mehreren israelischen Städten zu massiven Protesten und Demonstrationen, vor allem von jüdische Israelis die sich gegen seine Verabschiedung aussprechen. Die Demonstrant\*innen und Vertreter\*innen der Oppositionsparteien beklagen unter anderem, bei einer Umsetzung des Levin-Plans würde die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofs geschwächt und der Grundsatz der Gewaltenteilung verletzt. Dies, zusammen mit der Ausweitung der Macht von Politiker\*innen bei der Ernennung von Richter\*innen, drohe wesentliche Prinzipien zu unterlaufen oder ganz außer Kraft zu setzen, die Israelis als die Grundlagen ihres «demokratischen und jüdischen Staats» betrachten. Am 27. März erklärte Ministerpräsident Netanjahu daraufhin, das Gesetzgebungsverfahren zu stoppen und erst in der Sondersitzung der Knesset über die umstrittene «Justizreform» abstimmen zu lassen.

